Zweites Blatt

Nebraer Anzeiger

№ 64 Donnerstag, den 29. Mai 1930 43. Jahrgang

Roms Kolonialhunger.

Die Londoner Konferenz ist schließlich nicht an der Seerüstungsfrage gescheitert. Sie ist gescheitert an dem unüberwindbaren Mißtrauen, das Frankreich und Italien gegen- und wechselseitig beseelt. Wobei festzustellen ist, daß die eigentliche Sorge auf französischer Seite ist, während in Italien der Groll unerfüllter Wünsche zittert. Schon seit langem lehrt ein Blick in die französische Presse, daß eine angebliche Sorge vor der angeblichen deutschen Gefahr nichts weiter ist als der immer wiederholte Versuch aus dem Problem Räumung und Reparationen herauszuholen, was noch herauszuholen war. Wir werden sehen, ob diejenigen Recht behalten, die schon heute meinen, daß man in Frankreich von der deutschen Gefahr nicht mehr faseln wird, wenn jetzt die Räumung der besetzten Gebiete eine ungern gesehene, aber nicht mehr aus der Welt zu schaffende Tatsache geworden ist.

Viel stärker und vor allem durchaus echt ist die Sorge der französischen Oeffentlichkeit vor dem Expansionsbedürfnis des italienischen Nachbarn. Hinzukommt das Bewußtsein des schlechten Gewissens. Wenige Wochen, knapp einen Monat vor der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich und an Deutschland ist in London ein Geheimpakt geschlossen worden, der gewissermaßen den verbrieften Preis Italiens für den Verrat seiner Bündnispflicht gegenüber den Mittelmächten darstellt. In diesem Pakt vom April 1915 wird Italien eine reiche Entschädigung an Gebietsteilen auf afrikanischem Boden zugesichert, wenn Deutschland seine Schutzgebiete als Folge des Kriegsverlustes abgeben müßte. Auf die Erfüllung dieser gegebenen Zusagen wartet Italien heute noch. Das Bewußtsein, ein geprellter Partner zu sein, schafft niemals freundschaftliche Stimmung. Wenn man hinzurechnet, daß rein bevölkerungspolitisch gesehen, Italien ein Interesse daran hat, aufnahmefähiges Kolonialland zu erwerben, dann begreift man den tieferen Grund für jene bis heute nicht überwundene und unüberwindlich scheinende Mißstimmung, die sich in Italien gegen Frankreich breit macht.

Die Kolonialgarantie war zwar auch von Rußland und insbesondere auch von England gegeben worden, aber England hat auch in seiner unübertrefflichen weltpolitischen Klugheit tatsächlich Kolonialgebiet an Italien abgetreten, ein Gebiet, das immerhin rund 100 000 Quadratkilometer mit 150 000 Eingeborenen umfaßt und das eine erhebliche Vergrößung des Somali-Gebietes ausmacht. Das ist aber auch der einzige Gewinn, den Italien, von ganz belanglosen „Grenzberichtigungen" an der französischen Kolonialgrenze abgesehen, verzeichnen konnte. Alles andere, auch die zugesagten Entschädigungen in Kleinasien, sind Papierversprechungen geblieben. Nur daß in Italien immer wieder davon gesprochen, und zwar sehr deutlich davon gesprochen wird, daß hier Wechsel uneingelöst blieben, kein Wunder, wenn in Frankreich andererseits die besorgte Frage lebendig ist: was will Italien mit diesen peinlichen Erinnerungen? Wird es eines Tages daraus konkrete Ansprüche erheben und dabei auf seine Waffen pochen?

Kein Wunder, wenn die starken Reden Mussolinis, die der Duce erst wieder in den letzten Wochen gehalten hat, als der Beweis dafür gebracht werden, daß Frankreich alles aufbieten müßte, um bewaffnet zu sein und daß es deshalb an eine weitgehende Abrüstung nicht denken könnte. Das Mißtrauen zu den Waffen der Nachbarn ist immer noch größer als das Vertrauen zum Völkerbund.

Briand hat bei Gelegenheit der letzten Ratstagung in Genf von dem italienischen Außenminister Grandi, mit dem er sehr eingehende Besprechungen gehabt hat, allerlei Beschwerden und sicher auch allerlei deutliche Wünsche zu hören bekommen, die jene Kolonialbedürfnisse angehen, aus denen schließlich die ganze italienisch-französische Spannung resultiert. In Tunis treibt der französische Gouverneur eine Politik gegenüber den italienischen Kolonisten, die ebenfalls nur erklärbar ist aus der wachsenden französischen Sorge vor der italienischen Gefahr. Die italienische Kolonie wächst dort zusehends, der Nachwuchs der dort ansässigen italienischen Familien ist geradezu horrend, so horrend, daß man fast meinen möchte, in irgendeiner Form sorgt Rom dort für Kindersegen. In 20 Jahren kann daraus eine Invasionsbewegung entstehen, deren Folgen heute nicht absehbar ist. Deshalb der Versuch Frankreichs, durch Nationalisierung italienischer Kolonisten einen Ausgleich zu schaffen.

So sieht, in nackten Strichen skizziert der Hintergrund aus, vor dem die offizielle französisch-italienische Politik sich abspielt. Keine Frage, daß vom Gesichtspunkt des europäischen Friedens aus betrachtet, hier nicht gerade eine Entwicklung sich anbahnt, die man ruhig hingehen und unbesorgt sich selbst überlassen kann. Gewiß, es ist ungeheuer schwer, irgendwie regulierend darauf einzuwirken, und solange die Möglichkeit nicht erschöpft ist, daß Italien schließlich mit seinen hohen Ansprüchen Frankreich nur einschüchtern und zu Zugeständnissen bewegen will, die der Eitelkeit des italienischen Imperialismus Genüge trägt, so lange braucht man nicht gerade von einer europäischen Gefahr zu sprechen.

Eine Gefahr erkennen, stellt Aufgaben. Eine offene Frage in der Politik sehen, verpflichtet zu Lösungsversuchen. Hieran aber sind nicht nur die beiden Beteiligten interessiert, denn dieser Konflikt, das hat ja London gezeigt, greift über Rom und über Paris weit hinaus.

Die „Sieger" des Weltkrieges.

Mussolinis Rede in Mailand.

☐ Rom, 27. Mai.

In seiner Rede auf dem Domplatz in Mailand erklärte Mussolini u. a., seine Reden in Livorno und Florenz seien wohlüberlegt gewesen. Sie haben voll erreicht, das italienische Volk nicht einschlafen zu lassen unter dem Eindruck des Geblökes der Lämmer, die in Wirklichkeit Wölfe sind, und das italienische Volk davor zu bewahren, daß es morgen vor mehr oder weniger tragischen Ueberraschungen plötzlich aufwacht. Wir sind gut darüber unterrichtet, was sich anderswo vorbereitet und wovon einige unserer Nachbarn beherrscht sind.

Mussolini forderte dann die ausländischen Pressevertreter auf, die Lüge zu dementieren, daß Mailand sich angeblich im Kriegszustand befinde und die Wahrheit an das Ausland zu melden, daß in Italien Volk und Herrschaft, Volk und Faschismus eine untrennbare Wirklichkeit ist. Als weitere Lüge bezeichnete Mussolini das Gerücht über die angebliche Landung italienischer Truppen in Albanien. Er schloß:

Wir sind aus Versailles mit einem verstümmelten Sieg hervorgegangen, aber noch ist der Sieg in unserer Faust. Der Sieg wurde verstümmelt in diplomatischen Protokollen, aber nicht in unserem Herzen. Zum Beweis, daß wir Sieger sind unserer unmittelbaren und unserer fernen Zukunft gebe ich Euch ein Sieldichein für den 28. Oktober 1932. Werdet Ihr mit der gleichen Begeisterung hier sein?

Die Antwort war eine stürmische bejahende Kundgebung.

Pariser Erregung

✧ Paris, 27. Mai.

In einem aufsehenerregenden Artikel beschäftigt sich Pertinax im „Echo de Paris" mit der letzten Rede Mussolinis. Frankreich könne es nicht stillschweigend hinnehmen, wenn Mussolini offensichtlich gegen Frankreich gewendet dieses Land mit der italienischen Rache bedrohe. Die unvermeidbare Folge dieser Diktatorreden springe in die Augen. Von jetzt ab seien die vor zwei Jahren eingeleiteten französisch-italienischen Besprechungen, die die trennenden Fragen lösen sollten, auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ein Verständigungsversuch mit einer Regierung sei zwecklos, die entschlossen sei, mit Macht das zu nehmen, was sie durch die Diplomatie nicht erreiche. Für Frankreich sei es von großer Bedeutung, daß sich das italienische Volk freiwillig auf den Krieg einstelle. Die Londoner Flottenkonferenz und die Ablehnung der italienischen Forderung, eine gleich große Flotte wie Frankreich zu erhalten, seien die Hauptgründe für die Ausbrüche Mussolinis.

Im letzten Herbst hätten Henderson und Macdonald die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Italien nicht verstanden und sie unbewußt verschärft. Henderson und Macdonald sowie die Vertreter Amerikas seien in hohem Maße verantwortlich für den gegenwärtigen französisch-italienischen Streit.

„Eisenbahn und Kraftwagen."

Verkehrstagung in Düsseldorf.

= Düsseldorf, 28. Mai.

Gemeinsam mit dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Kölner Universität veranstaltete der Langnamverein in Düsseldorf eine Verkehrstagung, die der Behandlung des gegenwärtig hart umstrittenen Problems „Eisenbahn und Kraftwagen" galt.

Zu der Tagung hatten sich etwa 350 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches, darunter Vertreter von Reichs- und preußischen Staatsministerien, von Staats- und städtischen Behörden, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der Reichspost, der Verkehrsmittelindustrie, der Verkehrsgesellschaften, des Speditionsgewerbes, der Wissenschaft und der Presse eingefunden. Die Tagung wurde von Dr. Silverberg-Köln eröffnet, worauf Reichsbahndirektor Dr. Zießschmann von der Reichsbahnhauptverwaltung Berlin einen Vortrag hielt.

Eingehend behandelte der Redner vor allem die Verwendungsmöglichkeiten des Kraftwagens als Ersatz der Schiene.

Die bestehende Konzessionsgesetzgebung halte die Reichsbahn sowohl für den Personen- wie für den Güterverkehr für

---

63. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Eke! Sie kommt doch für die Entscheidung auch in Frage, als dereinstige Miterbin — wenn wir diese Dinge wirklich einmal berühren wollen."

„Ich bin doch kein altes Weib!"

„Nun gut. Also, wer weiß, ob sie damit einverstanden ist, daß ich mich hierhersetze und die Verwaltung der Gutsgeschäfte in die Hand nehme?"

„Was sollte sie dagegen haben? Sie kann doch nur froh sein, wenn ein Mann da ist für diese Dinge."

„Ich weiß doch nicht — so über sie hinweg möchte ich mich keinesfalls entscheiden."

Wieder ein Schweigen. Henner von Grund tat ein paar Züge aus seiner Zigarre, dann sah er zu dem Neffen hinüber.

„Eberhard."

„Ja, Onkel?"

„Wir wollen einmal offen miteinander reden. Natürlich — das versteht sich von selbst — als Cousin und Cousine könnt ihr hier nicht einträchtiglich beieinander hausen, wenn ich einmal nicht mehr da bin. Aber — warum sollt ihr euch nicht heiraten?"

„Heiraten?"

„Gewiß." — eine dicke Rauchwolke puffte aus Henners Mund — „eine verdammte Sache. Bin ja auch mit einem großen Bogen drum rumgegangen. Aber mit der Eke ist das doch ein ander Ding. Die hab' ich in die Finger gekriegt: noch beizeiten, von klein auf. Meine Dressur. Na, und ich denke, es ist geglückt. Ich hab' sie wie einen Mann aufgezogen. Sie hält nichts von all dem Weiberfirlefanz — ich denke, mit ihr kann's ein ehrlicher Kerl schon wagen."

Eberhard von Selbach antwortete nicht gleich. Es war ihm peinlich, so über diese Angelegenheit zu verhandeln, als wär's ein Geschäft.

„Na — du schweigst dich aus?"

„Versteh mich nicht falsch, Onkel. Ich habe vor Eke eine unbegrenzte Hochachtung. Nur — hat sie doch dabei die Entscheidung."

„Weshalb sollte sie deinen Antrag ablehnen? Um so mehr, wo sie sich sagen muß, daß es mein Wunsch ist, daß ich unsern Familienbesitz ungeteilt erhalten möchte. Da ist doch also eine Ehe zwischen euch beiden geradezu die gegebene Lösung."

„Das freilich, nur —"

„Ach was! Nur nicht so zimperlich. Damit kommt man nicht weit bei den Weibern. Wer frisch zupackt, der bekommt. Also red' mit ihr! Am besten noch heute!"

Und Henner von Grund erhob sich.

„Wie denn? Du willst doch nicht etwa —?"

„Jawohl, ich schicke dir Eke. Auf der Stelle."

„Onkel!"

Und Eberhard erhob sich bestürzt.

„Was soll das lange Hin und Her? Bringt die Sache in Ordnung miteinander wie zwei vernünftige Menschen."

Und Henner von Grund wollte zur Tür.

„Bitte — bloß eins noch!"

„Nun?"

„Onkel, ich habe so ein Gefühl, daß Eke vielleicht schon anders gewählt haben könnte. Ich möchte dem nicht aussetzen, daß —"

„Ach so, du meinst mit dem Bertsch!"

Ein leises Nicken.

„Ist nichts zu befürchten. Nein, nein — verlaß dich darauf! Es hat da allerdings mal etwas gespielt. Aber es ist vorbei. Ich habe Eke neulich selber gefragt; wollte doch klar sehen, ehe ich mit dir sprach. Und sie hat mir's versichert, auf Ehre und Gewissen: es ist nichts mehr zwischen ihr und dem Bertsch."

„Ja, dann freilich —"

Eberhard von Selbach atmete freier auf und der Oheim ging.

Ein paar Minuten später trat Eke ein. Eberhard kam ihr entgegen.

„Der Onkel hat mir gesagt, daß du mich gern sprechen wolltest."

Ernst und ruhig sah sie zu dem Vetter hin. Der nickte, aber schwieg. Etwas nervös knöpften seine langen, schmalen Hände die unteren Knöpfe der Litewka zu. Schlank und straff stand er so vor ihr, wie in dienstlicher Haltung vor einem Vorgesetzten.

„Du weißt, worum es sich handelt, du ahnst es."

„Ich glaube wohl."

„Und — wie denkst du darüber?"

Sie erwiderte nicht gleich. Dann aber fragte sie, immer mit dem gleichen, ruhigen Ernst:

„Ist es nur der Wunsch des Onkels, der aus dir spricht?"

„Nein, Eke," und eine leise Röte stieg in sein Antlitz, „ich wüßte auch mir keine bessere — und liebere Lösung."

Sie holte hörbar Atem. Wie eine dunkle Wolke senkte es sich auf ihre Stirn. Schmerzlich zuckte es um die Mundwinkel. Doch nun zeigten ihre Züge wieder die gewohnte Klarheit.

„Eberhard, ich will rückhaltlos zu dir sprechen. Ich glaube, überschwängliche Worte sind hier beiderseits nicht am Platz. Ich erwarte sie nicht von dir, aber du du ein Gleiches. Ich nehme an, du schätzest mich, ich bin dir sympathisch als Mensch, und du hast Vertrauen zu mir. Das gleiche kann ich dir von mir versichern, aber mehr — versteh' mich recht, Eberhard —, mehr kann ich dir nicht geben. Weder jetzt, noch später."

„Ich danke dir für deine Offenheit, Eke." Langsam trat er näher zu ihr heran. „Aber sollte das nicht auch hinreichen, um sein Leben darauf aufzubauen? Ich habe manche Liebesheirat gesehen bei meinen Kameraden — es wurden meist recht unglückliche Ehen. Dagegen kann aus Achtung und Vertrauen allmählich vielleicht doch noch Schöneres aufblühen —"

„Noch einmal: Rechne nicht damit!"

„Ich tu' es auch, nicht, Eke. Was du mir geben kannst und willst, es soll mir genug sein. Ich werde es stets mit Dank, mit Stolz empfinden, was es bedeutet, wenn eine Frau wie du mir ihr Leben anvertraut."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300530-13/fragment/page=0001

unzureichend. Eine durchgreifende Besserung erwarte die Reichsbahn nur von der Uebertragung der Konzessionshoheit und gleichzeitig des Betriebsmonopols auf die Reichsbahn.

Ein Eingreifen des Staates sei dringlich, nicht nur im Interesse der Reichsbahn und im eigenen Interesse des Reiches, sondern auch zum Schutze der Wirtschaft.

Dr.-Ing. W. Scholz, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie, führte in seinem Vortrag aus, daß bei der verhältnismäßig geringen Dichte des Kraftwagenverkehrs und bei den verhältnismäßig langen Transportwegen der Wettbewerb zwischen Kraftwagen und Schiene in Deutschland geringer sei als in den meisten unserer Nachbarländer.

Die Ausfallsberechnungen der Reichsbahn seien stark übertrieben und führten zu einer ungerechtfertigten Beunruhigung der Oeffentlichkeit.

Die Forderung einer gleichmäßigen Belastung der Verkehrsmittel könne praktisch nur zu dem Ergebnis einer Entlastung des Automobils führen.

Die vielseitige Steuerbelastung des Kraftverkehrs sei, bezogen auf seine Verkehrsleistung, viel höher als die Beförderungssteuer der Reichsbahn.

Stelle man eine Stufenordnung fest, in welchem Umfange die einzelnen Verkehrsmittel mit öffentlichen Abgaben belastet seien, so stünde an erster Stelle der Kraftwagen, an zweiter Stelle die Reichsbahn, worauf die Binnenschiffahrt und schließlich die Luftfahrt folgten. Wenn die Reichsbahn eine Lösung suche, bei der sie auf die bestehenden privatwirtschaftlichen Betriebe und Einrichtungen Rücksicht nehme und sich dieser bediene, anstatt sie zu bekämpfen, dann werde sie auf allen Seiten eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit finden.

Verlustvortrag bei der Einkommensteuer.

Verfügung des Reichsfinanzministers

Berlin, 28. Mai.

Mit dem Gesetz vom 20 Juni 1929 ist der Verlustvortrag eingeführt worden. Der Verlustvortrag gilt nur für Buchführende und auch hier in Anlehnung an die Vorschrift des Körperschaftssteuergesetzes nur für die zur Beseitigung des Verlustes verwendeten Beträge, also nicht für Ausschüttungen und Privatentnahmen. Im Interesse der Nichtbuchführenden wurde durch das gleiche Gesetz die Vorschrift des § 56 des Einkommensteuergesetzes dahin erweitert, daß eine Ermäßigung oder ein Erlaß der Einkommensteuer auch dann eintreten kann, wenn der Steuerpflichtige in dem vorangegangenen Steuerabschnitte kein Einkommen bezogen und den Lebensunterhalt im wesentlichen aus seinem Vermögen, insbesondere aus Ersparnissen, gedeckt hat.

Inzwischen ist die damalige Regelung von verschiedenen Seiten als nicht weitgehend genug bezeichnet worden. Es wird geltend gemacht, daß der Verlustvortrag sich für viele Kreise des Mittelstandes nicht auswirke; die Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen besäßen kein namhaftes Vermögen und seien daher nicht in der Lage, längere Zeit hindurch ihren Verbrauch anders als aus den laufenden Eingängen ihrer Geschäfte zu bestreiten.

Diese Einwendungen sind in gewissem Umfange berechtigt. Es erschien deshalb zweckmäßig, den Verlustvortrag auch insoweit zu gestatten, als die Einnahme einen bestimmten Betrag (15 000 Rm.) nicht übersteigen. Das ist der Zweck der Verordnung.

Diese Verordnung findet erstmalig bei Veranlagungen für die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1929 endenden Steuerabschnitte Anwendung.

Landwirtschaftsausstellung in Köln.

Ministerreden über die Agrarkrise

+ **Köln**, 28. Mai.

Im Beisein von Vertretern der Behörden und der landwirtschaftlichen Verbände wurde in Köln die große landwirtschaftliche Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft eröffnet. Zunächst sprach in längeren programmatischen Ausführungen

Reichsernährungsminister Dr. Schiele.

Er erinnerte daran, daß die DLG-Ausstellung jetzt in Köln wieder an den Platz zurückgekehrt sei, von dem sie in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Wanderung durch die deutschen Gaue unternommen habe.

Der Minister warnte davor, die Erwartungen an den Soforterfolg der jetzt beschlossenen Maßnahmen zu überspannen. Nur mit systematischer, auf weite Sicht eingestellter Arbeit könne man der ungeheuren Verluswirtschaft Herr werden.

Unserer aufblühenden Rindviehzucht falle die nationale Aufgabe zu, die Einfuhr von 600 Millionen Mark überflüssig zu machen. Dem schwer leidenden Wein-, Obst- und Gemüsebau sei mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Zollbindungen Hilfe nur durch organisatorische Maßnahmen möglich. Gegen die Schrumpfung unserer Industriewirtschaft gebe es als starkes, durchschlagendes Mittel nur eine aufsteigende Landwirtschaft.

Für die Sammlung und Stärkung der nationalen Willenskräfte bleibe die Voraussetzung die wirtschaftliche Konsolidierung und die soziale und bevölkerungspolitische Erneuerung, die sich nur auf dem Fundament einer gesunden Landwirtschaft vollziehen könne.

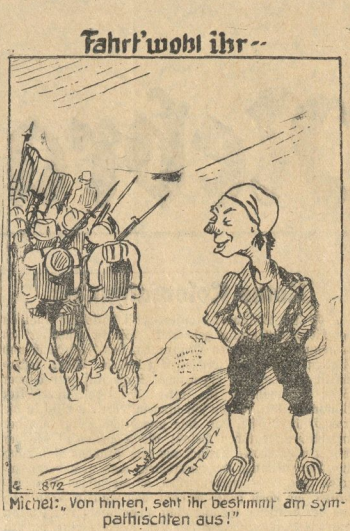
Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

verwies auf die wichtige Aufgabe, die großen Industriebezirke als Absatzgebiete für die Landwirtschaft zu erhalten und zu erobern, denn die ausländische Landwirtschaft, die ihren Absatz im eigenen Lande nicht finden könne, suche ihn in fremden Ländern und besonders in Deutschland.

Gewiß seien gesetzgeberische Maßnahmen jetzt das Dringendste, aber die eigene Leistung dürfe nicht zurücktreten.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer

begrüßte die Ausstellung und ihre Gäste im Namen der Stadt Köln als den machtvollen Ausdruck des Willens zum Leben und zum Aufstieg der deutschen Landwirtschaft. Freiherr von Lüninck-Bonn hieß als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz die Erschienenen herzlich willkommen, u. a. auch die Landwirte Oesterreichs, Eupen-Malmedys und Elsaß-Lothringens.



Michel: „Von hinten, seht ihr bestimmt am sympathischsten aus!"

Der Evangelische Bund in Mühlhausen

Jahresversammlung — Aus der Bundesarbeit — Wechsel im Präsidium

Durch die Diaspora des Eichsfeldes.

Mit Gott wollen wir Taten tun, Taten am Werk der Reformation und Taten im Kleinduns! Unter dieser Losung stand die diesjährige Provinzialversammlung des Evangelischen Bundes der Provinz Sachsen, die vom 25. bis 27. Mai in Mühlhausen veranstaltet wurde. Maiensonnenschein, Kirchenfahnen, Kirchenmusik in Chören und Einzelvorträgen bewährten den guten Ruf der alten ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen. Festgottesdienste in den schönen Kirchen von Mühlhausen, in der Umgegend, vor allem auch in der Diaspora des Eichsfeldes, leiteten die Tagung ein. Von besonderem Eindruck war die Begrüßung auf dem Rathaus und der Festgottesdienst, den Gen.-Sup. Eger, Magdeburg, in der St. Blasii-Kirche hielt. In dem schönen, an geschichtlichen Erinnerungen reichen Rathaussaale begrüßte Oberbürgermeister Dr. Neumann die festliche Festversammlung, indem er u. a. betonte, daß das ganze autonome Gesetzesdenken der Gegenwart auf Luther und der Reformation beruhe. Geh. Rat D. Elze, der langjährige Präsident des Evangelischen Bundes unserer Provinz, hob hervor, daß die Geschichte der Stadt Mühlhausen dem Evangelischen Bunde den Mut gebe, zu hoffen, daß auch die schwere Gegenwart überwunden wird. Gen.-Sup. Eger, Magdeburg, predigte eindringlich und kraftvoll, daß in den mannigfachen Nöten der Gegenwart auch der moderne Mensch „das Evangelium deutsch" für seine Seele brauche.

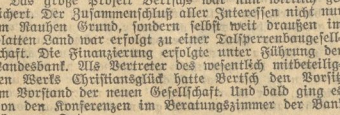
In der öffentlichen Volksversammlung sprach Dr. Baron v. Schultze-Galéra über „Luthervolk und Lutherkirche". Beide gehören aufs Innigste zusammen. Die Lutherkirche könne nicht leben ohne das Luthervolk, aber auch das Volk könne nicht leben ohne das Leben der Lutherkirche. In den schweren Kämpfen der Gegenwart gegenüber Rom und dem Materialismus komme es auf die Verantwortung und die Mitarbeit jedes Einzelnen an. In der großen Reihe der Begrüßungen sprachen Sup. D. Hellwig für die Provinzialsynode und den Provinzialkirchenrat, Sup. Palme für den Kirchenkreis Mühlhausen sowie die Vertreter der Zweigvereine Halberstadt, Wittenberg, Eilenburg, Stakfurt, Halle, Schkeuditz, Stolberg, Erfurt, Oberdorla, Mühlhausen und Göttingen, die im ganzen 1775 Mark an Festgaben überreichten, für die D. Elze in liebenswürdiger Weise dankte.

Der zweite Tag war der eigentlichen Bundesarbeit gewidmet. Nach einer Morgenfeier in der Nicolaikirche, die der rührige Vorsitzende des Zweigvereins Mühlhausen, Pf. Ermisch, hielt, tagten nacheinander der Hauptvorstand, die Abgeordnetenversammlung und die Mitgliederversammlung. Der Geschäftsführer des Evangelischen Bundes, Sup. Melhorn, hat im Berichtsjahre in 44 Zweigvereinen gesprochen. Aus dem Jahresbericht des Schriftführers, Pf. Mantey ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl und die Bundesarbeit trotz aller Schwierigkeiten vorangeht. An Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungen sind im Berichtsjahre über 16 000 Mark verteilt worden. Rektor Henning forderte in seinem Vortrag „Der Evangelische Bund und der evangelische Beamte", daß die Parität auch gegenüber dem evangelischen Volksteil zur Anwendung kommen müsse.

In der Mitgliederversammlung erfolgte die feierliche Uebergabe des Präsidiums. D. Elze, der durch fast 25 Jahre den Evangelischen Bund geleitet hat, wurde durch eine wertvolle Ehrenurkunde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der neue Vorsitzende, Sup. D. Hellwig, forderte in seiner ersten Ansprache, daß der Evangelische Bund im Kampf gegen Rom und Moskau die hohe Aufgabe habe, evangelisches Bewußtsein, Ehrgefühl und Verantwortungsbewußtsein zu stärken. Gen.-Sup. Eger überbrachte die Grüße und Wünsche des Evangelischen Konsistoriums und den besonderen Dank an D. Elze. Für Verdienste um den Evangelischen Bund wurde verliehen die Goldene Luthermedaille an Pf. Ermisch-Mühlhausen; die Silberne Luthermedaille an Frau Geh. Rat Elze, Sup. Melhorn, Pf. Mantey, Rechnungsrat Reinhardt-Halle, Frau Kölle-Mühlhausen und Pf. Hoffmann-Aschersleben. In den Hauptvorstand des Bundes wurden gewählt Prof. D. Barnikol-Halle und Pf. Lohmeyer-Stersleben.

Der letzte Tag brachte eine wunderschöne Fahrt durch die Diaspora des Eichsfeldes. In der Kirche von Gr.-Töpfer sammelten sich die Bundesfreunde zur Stärkung der „Gemeinde unter dem Kreuz". Die durch den Gustav-Adolf-Verein neuerbauten evangelischen Kapellen von Lengenfeld, Uder und Wernterode grüßten freundlich herüber. Am Grabe des Grafen Wintzingerode in Bodenstein, des ersten Führers des Evangelischen Bundes, legte Sup. D. Hellwig einen Kranz nieder mit dem Gelöbnis der Liebe und Treue zum Evangelischen Bunde. Die Tagung klang aus mit einer Versammlung in der Kirche zu Heiligenstadt, bei der Sup. D. Hellwig die Schlußansprache hielt: „Wir sind stolz auf die evangelische Diaspora; stark und froh wollen wir das Herzens- und Tatbekenntnis hochhalten. Wir sind nicht von denen, die da weichen, sondern von denen, die da glauben und die Seele erretten!"

R.



64. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

So ernst und ritterlich sagte er es, und seine Augen blickten sie dabei an, klar bis zum Grunde. Da streckte sie ihm die Rechte entgegen. Er nahm sie und führte sie an seine Lippen. Aber als er dann seinen Mund auch ihrem Antlitz näherte, überlief sie ein Zittern. Mit einer leisen Wendung bot sie ihm statt ihrer Lippen die Stirn dar. So empfing Ede den Kuß, mit dem sie sich Eberhard von Selbach zu eigen gelobte.

*

Das große Projekt Bertsch war nun wirklich gesichert. Der Zusammenschluß aller Interessen nicht nur im Rauhen Grund, sondern selbst weit draußen im platten Land war erfolgt zu einer Talsperrenbaugesellschaft. Die Finanzierung erfolgte unter Führung der Landesbank. Als Vertreter des wesentlich mitbeteiligten Werks Christiansglück hatte Bertsch den Vorsitz im Vorstand der neuen Gesellschaft. Und bald ging es von den Konferenzen im Beratungszimmer der Bank über zur Tat.

Drunten im Rauhen Grund, wo sich der Fluß seinen Ausgang zur Ebene erzwängte, setzte es ein. Ein gewaltiges Graben, bei Tag und Nacht. Galt es doch, dem Fluß dort ein neues Bett zu schaffen, ihn abzuleiten für die Zeit des Sperrenbaues. Und am gleichen Tage begann es auch auf beiden Talseiten droben in den Bergen. Der Wald fiel, das nackte Gebirge bot seinen Leib schutzlos den Angreifern dar, die ihn aufrissen in riesigen Steinbrüchen, um das Material zu gewinnen für den Bau drunten an der Sperre.

Abermals flutete jetzt eine fremde Menschenwelle, in das stille Waldtal und schwemmte hier allerlei Völkerabhub an. Von fern her, von jenseits der Alpen und aus den Donauländen, ja selbst aus den Gebirgen des Balkans kamen wetterbraune, landbefahrene Gesellen, die ihr Schicksal herumtrieb in der Welt, überall dahin, wo man Straßen, Bahnen oder Kanäle baute. Mit Staunen und Mißtrauen hörten die vom Rauhen Grund das Kauderwelsch all der fremden Zungen in ihren stillen Dorfgassen.

Wieder einmal hatte der Streit die Gemüter entbrannt im Lande. Ein letztes Mal noch, aber mit verzweifelter Kraft. Galt es diesmal doch auch einen Kampf, wie ihn der Rauhe Grund selbst in den schlimmsten Kriegsnöten seiner Vergangenheit nicht erlebt hatte. Das ganze Dorf Röddi und zahlreiche Einzelsiedlungen sollten einfach vom Erdboden vertilgt werden, um der Talsperre willen.

Ein einziger Schrei der Entrüstung brandete auf, vieltausendstimmig, als die unerhörte Kunde zum erstenmal durchs Land flog. Und wie in alten Zeiten war's, wo der Feind über die Berge einbrach und die Sturmglocken heulten. Zum Ratsplatz kamen die Männer gelaufen in hellen Haufen, sich zur Abwehr einmütig zusammenzuscharen. Und wie damals, auch diesmal wieder an ihrer Spitze der vom Adligen Hause und der Mann im Priesterrock — sie beide die Führer ihrer Stammesgenossen von altersher. Ging's auch diesmal nicht mehr mit Spieß und Schwert, nicht minder hell lohte der Kampfmut in all den Protestversammlungen, Eingaben und Audienzen bei der Regierung. Die vom Rauhen Grund kämpften um ihr Heiligstes — die Scholle ihrer Väter. Aber wie sie auch rangen, sie vermochten sich den gebieterischen Anforderungen einer neuen Zeit auf die Dauer nicht entgegenzustemmen. Die brauste über sie hinweg, wie es in wenigen Jahren die Fluten tun würden über ihrer Väter Häuser. Zorn und Gram in sich hineinfressend, konnten es sich eines Tages die vom Rauhen Grund nicht länger verhehlen: Es war vorbei — der Kampf verloren.

Da lagerte sich nach dem Toben des Streits lastendes Schweigen über das Land. Zähneknirschendes oder stumpfes Ergeben in das Unabweisliche. Nur düsterglühende Blicke folgten den fremden Männern, die nun durch die Feldflur zogen mit Meßstangen und Karten. Mit einem Judaslohn sollte ihnen die verratene Scholle abgekauft werden. Ungezählte, heißgrimmige Verwünschungen flogen in diesen Tagen hinauf nach Christiansglück zu dem einen, der schuld war an allem. Hatte es nicht angefangen mit demselben Tage, wo der Bertsch-Gerhard wieder ins Land gekommen war?

Nur einige wenige hatten sich abseits gehalten von dem verzweifelten Widerstand und dafür im stillen ihr Wesen getrieben. Zu denen gehörte der Mannes Reusch. So viel er sich bei Lebzeiten seines Vaters über diesen erhoben hatte, so sehr zeigte es sich, wie er doch sein Sohn war; wenigstens, was das kühne und unruhvolle Wagen anging.

Wenige Wochen schon, nachdem der Reusch-Hannes in die Erde gebettet war, kam der „Hirsch" in fremde Hände. Um ein schwer Stück Geld. Nur bis zu Neujahr noch waren den Reuschs die Privaträume vorbehalten, dann mußten auch sie aus dem alten Hause ziehen, das an hundertfünfzig Jahre im Besitz der Familie gewesen war.

Mit seinem Erbteil, das so in die Hunderttausende ging, fing der Mannes Reusch ein verwegenes Spekulieren an. Er kaufte ein Grundstück nach dem andern, droben im Oberdorf, wie unterhalb der Sperrmauer. Hatte man erst die Talsperre, die ungeheure Kraftquelle, so würde auch die Industrie nicht lange mehr ausbleiben. Da konnte, wer sich Bejzeiten mit Bauterrains eindeckte, Millionen verdienen. Freilich, es war ein Zukunftsgeschäft, aber bombensicher.

Und so kaufte und kaufte der Reusch-Mannes. Sein eigen Erbe legte er so fest und das seiner Schwester, der er goldene Berge versprach, schon in fünf, sechs Jahren. Aber selbst daran hatte er noch nicht genug. Noch andere, Fremde, wußte er anzustecken mit seinem Spekulationsfieber. Er wußte es ihnen ja so schön klarzumachen, wie man im Handumdrehen ein schwerreicher Mann werden konnte. Tausende von fremden Arbeitern und Werkbeamten würden hier ins Land kommen, war es erst einmal so weit. Mit ihren Familien Zehntausende! Die Orte würden zu Städten werden über Nacht. Genau so wie drüben in Amerika.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300530-13/fragment/page=0002

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 64 Donnerstag, den 29. Mai 1930 43. Jahrgang

Schießerei an der Ostgrenze.

Polnische Polizeibeamte dringen in das deutsche Grenzpolizeigebäude ein.

Marienwerder, 27. Mai.

Zwei polnische Grenzpolizeibeamte, die nachts unbefugterweise die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten und in das deutsche Grenzpolizeigebäude in Neuhoefen eingedrungen waren, sind in diesem Hause durch deutsche Grenzpolizeibeamte festgenommen worden. Sie wiedersetzten sich der Festnahme mit ihren Dienstwaffen und verwundeten einen deutschen Beamten, so daß dieser seinerseits von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte.

Unmittelbar darauf unternahmen andere polnische Grenzbeamte, die ebenfalls die Grenze überschritten, einen Befreiungsversuch, indem sie zahlreiche Schüsse auf das deutsche Grenzpolizeigebäude und die deutschen Beamten abgaben. Die Verletzungen des deutschen Beamten sind ungefährlich, der eine der festgenommenen polnischen Beamten hat einen Bauchschuß erhalten, an dem er verschieden ist.

Die Berichterstattung über diesen Zwischenfall von deutscher und von polnischer Seite weist scharfe Widersprüche auf und unterliegt noch der Nachprüfung, doch hat man ganz objektiv den Eindruck, daß die wesentlich ruhigere und sachsichere Darstellung der amtlichen preußischen Stellen vertrauenswürdiger ist als die aufgeregten Meldungen, die von polnischer Seite verbreitet und durch die polnische Presse mit wilden und aufhetzenden Kommentaren begleitet werden. Schon die Tatsache, daß sich der Zusammenstoß auf deutschem Gebiet abgespielt hat, spricht für eine Grenzverletzung durch die polnischen Beamten, denn die polnische Darstellung, daß die deutsche Grenzwache mit Gewalt polnische Beamte auf deutsches Gebiet geschleppt und hier mißhandelt und beschossen habe, klingt reichlich romantisch und unwahrscheinlich. Die deutsche Darstellung, daß die Polen das deutsche Grenzpolizeiamt in Neuhöfen bedränat haben und daß angesichts des Widerstandes der deutschen Beamten weitere polnische Grenzbeamte herbeieilten, sieit sich erheblich wahrscheinlicher. Man hat bei der Art der amtlichen und privaten polnischen Darstellung den Eindrua, daß hier nach dem Motto „Haltet den Dieb" Stimmung gemacht werden soll, ehe dieser unkontrollierbaren Berichterstattung das Material einer authentischen Untersuchung entgegengestellt werden kann, aber man darf sich wohl darauf verlassen, daß die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit für völlige Aufklärung des Zwischenfalls, für Widerlegung der polnischen Alarmmeldungen und gegebenenfalls für eine entsprechende Sühne sorgt. Die Gegend des Zwischenfalls in der Nähe der von den Polen sinnloser Weise zerstörten Münsterwalder Brücke über die Weichsel ist durch das Verhalten der polnischen Grenzbeamten schon seit Jahren in Unruhe und Spannung, und es scheint, daß die polnischen Herrengelüste, wahrscheinlich angefeuert durch das Wochenende und seine animierenden Unterhaltungen, die polnischen Grenzer zu einem Abenteuer getrieben hat, das ihnen nich, gut bekommen ist und das eine politisches Nachspiel unvermeidbar macht.

Die Nachprüfung des Zwischenfalls in Neuhoefen.

Berlin, 28. Mai.

Der polnische Gesandte ist im Auswärtigen Amt in der Angelegenheit des Grenzzwischenfalles in Neuhoefen vorstellig geworden. Er hat gegen das Vorgehen der deutschen Grenzpolizeibeamten Verwahrung eingelegt und die Zahlung einer Entschädigung gefordert. Das polnische Ansinnen ist selbstverständlich vom Auswärtigen Amt zurückgewiesen worden.

Nach der vorläufigen deutschen amtlichen Feststellung handelt es sich, wie bereits mehrfach betont, ganz zweifellos um eine Grenzverletzung durch Polen. Es ist ferner erwiesen, daß einer der beiden polnischen Beamten, die sich auf deutsches Gebiet begeben haben, zuerst geschossen hat. Das preußische Innenministerium wird einen besonderen Ausschuß an Ort und Stelle zur Untersuchung der Angelegenheit entsenden. Inzwischen ist in Berlin ein Vertreter des Regierungspräsidenten eingetroffen, um hier über den Vorfall Bericht zu erstatten. Angesichts der Tatsache, daß Polen bereits am Montag völlig unberechtigt in Berlin wegen des Zwischenfalles Vorstellungen erhoben hat, ist die übertriebene Gründlichkeit, mit der die deutschen Amtsstellen in dieser Sache vorgehen, außerordentlich zu bedauern.

Schon aus taktischen und psychologischen Gründen hätte unmittelbar nach der einwandfreien Feststellung der Grenzverletzung durch Polen ein entsprechender deutscher Protestschritt in Warschau erfolgen müssen. Es ist beklagenswert, daß die Polen infolge ihrer Behandlung der Angelegenheit in der Weltöffentlichkeit wieder einmal den falschen Eindruck erweckt haben, als ob Deutschland der Störenfried an der polnischen Westgrenze sei.

Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der polnische Gesandte hat beim Auswärtigen Amt wegen der Vorgänge, die sich anläßlich des Grenzzwischenfalles bei Neuhoefen abgespielt haben, Vorstellungen erhoben. Er hat den Tatbestand entsprechend dem polnischen Communiqué vom 26. 5. geschildert, wonach es sich um einen Uebergriff deutscher Amtspersonen gehandelt haben soll. Im Auftrage seiner Regierung hat er gegen die Vorgänge protestiert und gleichzeitig die Einsetzung einer deutsch-polnischen Kommission angeregt, die durch gemeinsame Festellungen an Ort und Stelle den Sachverhalt aufklären soll.

Dem polnischen Gesandten ist erwidert worden, daß sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt sei schon in sich widerspruchsvoll, da er einerseits die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Aufklärung des Tatbestandes anrege, andererseits aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Festellungen der Kommission dadurch bereits vorweg nehme, daß gegen ein angebliches Verschulden deutscher Beamter protestiert werde.

Außerdem handele es sich aber nach dem bisherigen Ergebnis der von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchung nicht um einen Uebergriff deutscher Beamter, sondern um eine polnische Grenzverletzung und um Gewalthandlungen, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien. Im übrigen halte es die deutsche Regierung auch von sich aus für angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären und diese Aufgabe einer gemischten deutsch-polnischen Kommission zu übertragen.

Ministerreden im Rheinland.

Starke Worte Moldenhauers.

= Köln, 27. Mai.

In einer Rede in Köln verbreitete sich Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer besonders über die verschiedenen Deckungspläne für den Fehlbetrag im neuen Reichshaushalt. Er führte u. a. aus:

Wenn es nicht gelänge, die schwierigen Verhältnisse, die sich in den letzten Wochen herausgebildet hätten, mit parlamentarischen Mitteln zu meistern, dann würde die Regierung die Sanierung erforderlichenfalls auch ohne Reichstag durchsetzen.

Die Regierung habe zu regieren und der Reichstag habe zu kontrollieren. Einen Reichstag, der auch regieren wolle, dürfe es nicht geben. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, den Gedanken der Sparsamkeit, der heute die Reichsregierung beherrsche, auch auf die Länder und Gemeinden zu übertragen. Zum Schluß streifte der Minister noch die Frage der Reichsreform und erklärte dabei, die bayerische Frage trete hinter dem Dualismus zwischen Reich und Preußen zurück.

Auch in Godesberg hat der Reichsfinanzminister eine Rede gehalten, wobei er besonders auf Fragen der Finanzreform im Zusammenhang mit der Finanzgebarung der Kommunen einging. Der Minister erklärte sich dabei u. a. für die „Bürgerabgabe", durch die verhindert werden müsse, daß die Realsteuern durch Kreise, die nicht davon betroffen werden, hoch hinaufgeschraubt werden.

Wirtschaftspolitik des Reichs.

Den erkrankten Ressortminister vertritt Trendelenburg.

Berlin, 28. Mai.

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung steht die zweite Beratung des

Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Ausschuß hat u. a. für die Leipziger Messe 400 000 Rm. in den Haushalt eingesetzt. In einer Entschließung wird eine Klärung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. verlangt. Das Zentrum legt eine Reihe von Entschließungen vor, in denen beschleunigte Vorlegung des Ausgabensenkungsgesetzes, Prüfung des Auftragswesens, Verkleinerung der Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen, Maßnahmen zum Zwecke der Exportförderung, der Wirtschaftserziehung und der Bekämpfung des Konjunkturpessimismus gefordert werden. Eine weitere Entschließung des Zentrums wünscht ebenso wie eine deutschnationale Entschließung baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Industriezölle. Die Sozialdemokraten fordern Aenderungen des Aktienrechts und ein Kartell- und Monopolgesetz.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Aus dem Haushaltausschuß

Berlin, 26. Mai.

Bei den im Haushaltsausschuß des Reichstages beginnenden Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes wies der Berichterstatter, der Abg. von Freytagh-Loringhoven, darauf hin, daß eine gewisse Stabilisierung der Ausgaben des Auswärtigen Amtes festzustellen sei. Bei einem Vergleich der Ausgaben des deutschen Auswärtigen Amtes mit den entsprechenden Haushalten des Auslandes ergebe sich ein Mißverhältnis, da der deutsche Haushalt die Ausgaben einzelner ausländischer übersteige.

Der deutsche Haushalt mit insgesamt 63 Millionen RM. Ausgaben betrage beispielsweise 126 v. H. des englischen und 175 v. H. des französischen Haushaltes. Noch erschreckender werde das Mißverhältnis, wenn man Italien und Spanien heranziehe, mit denen im Grunde ein Vergleich angebrachter wäre. Die Größe der Gesamtsumme in Deutschland erkläre sich vor allem aus der übermäßigen Zahl der Beamten. Die Zahl der Diplomaten vom Botschafter bis zum Sekretär betrage in Frankreich 123, in England 126, bei uns aber 192. Entsprechend seien auch die Kosten unserer Missionen erheblich hoher. Bei der jetzt geforderten Umwandlung unserer Gesandten in Argentinien, Brasilien und Chile in Botschaften habe das Auswärtige Amt Voranschläge aufgestellt, die die englischen Kosten weit überträfen.

Der zweite Berichterstatter, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid, hielt den der Deutschen Liga für Völkerbund gewährten Zuschuß von 120 000 RM. für reichlich hoch.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

führte dann aus, daß von einer Stabilisierung der Ausgaben nicht gesprochen werden könne, da sich die Außenpolitik und ihre Aufgaben noch zu sehr in Fluß befänden. Es sei klar, daß für Deutschland besondere Verhältnisse vorliegen, so daß einzelne Auslandsvertretungen eine stärkere Besetzung erfordern. Die Umwandlung der Gesandtschaften in den südamerikanischen ABC-Staaten in Botschaften sei geboten, da auch die übrigen europäischen Staaten diesen Schritt getan hätten.

823 Mark für eine Badewanne.

Erbauliches aus dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 28. Mai.

Bei der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes im Haushaltsausschuß des Reichstages spielte eine Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches eine besondere Rolle, die die Reichshaushaltsrechnung aus dem Jahre 1927 untersucht und in der Hauptsache an außerplanmäßigen Ausgaben und Ueberschreitungen der Voranschläge im Etat des Auswärtigen Amtes Kritik übt. Es bedarf keiner Ausführung darüber, daß die Ausgaben und Aufwendungen persönlicher und sachlicher Art für deutsche diplomatische Vertretungen im Auslande nicht mit dem Maßstabe der Heimat gemessen werden können. Aber auch wenn man diese Grundlage durchaus vor Augen hat, wird man nicht umhin können, zu gestehen, daß die in jahrelanger Arbeit des Rechnungshofes zutage geförderten Mißbräuche namentlich im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands an vielen Stellen zum Protest herausfordern.

Wenn man liest, daß beispielsweise die Badewanne für die Wohnung in einem Generalkonsulat einen Anschaffungspreis von 823 Mark gehabt hat, so fühlt man sich zu der Frage veranlaßt, aus welchem kostbaren Material wohl diese edle Wanne gewesen sein mag. Wenn man weiter

eutschland beson-
Tokio?) für eine
der russischen Re-
ark gemietet hat,
Mark zu fahren,
von Rednern im
Rechnungshofes
Bemerkungen an

allerdings nach-
Betrachtungsweise
Studium dieser
Auswärtige Amt
nicht verkennen
eblichen Teil der
an solcher Ver-
war bereit sind,
lten, aber bisher
unden haben, um
ung der Praxis

e weniger?
ggestellt.
erlin, 28. Mai.
orläufiger Rede-
setz fertiggestellt.
om Kabinett be-

sehr einschneidende Maßnahmen

im Hinblick auf den Behördenabbau und auf beamtenrechtlichem Gebiet vor. Weiter wird in dem Gesetz auch der Vorschlag gemacht,

die Zahl der Reichstagsabgeordneten

zu vermindern, und zwar soll das geschehen durch eine Aenderung des Wahlgesetzes. Das bisherige Wahlgesetz bestimmt, daß auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Nach dem Vorschlage des Reichsfinanzministeriums soll erst auf 80 000 Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Das würde bedeuten, daß nach den Ziffern der am 20. Mai 1928 stattgefundenen Reichstagswahl der Reichstag nicht 490, sondern, wenn die zersplitterten Stimmen mitgerechnet werden, nur 384 Abgeordnete zählen würde. Es würde also eine Ersparnis von mehr als 100 Abgeordneten bringen.

Das Programm der Demokraten.

Festigung der eigenen Grundlagen.

= Halle, 27. Mai.

Auf der Tagung des Reichsparteiausschusses der Demokratischen Partei in Halle wurde dem Parteivorsitzenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300530-13/fragment/page=0003